

21. Für das Verfahren werden folgende Vorschriften festgelegt:

- (a) Personen, die depi Anwaltsstände in den Vereinigten Staaten, sei es in einem der Staaten oder Territorien oder im Bezirk Avon Columbia, angehören und im Vollbesitz aller damit verbundenen Rechte sind, sowie in der amerikanischen Besetzungszone, im amerikanischen Sektor von Berlin und in der Bremer Enklave zugelassene und zur Praxis berechnigte deutsche Rechtsanwälte können Klienten vor diesem Gericht vertreten, jedoch bedürfen die Parteien vor Gericht keines Rechtsvertreters.
- (b) Nur eine Form der Klage unter der Bezeichnung „Zivilklage“^N ist vorgesehen.
- (c) Die Klage wird durch Einreichung der Klageschrift bei der Geschäftsstelle des Gerichtssekretars eingeleitet.
- (d) Der Kläger hat bei Einreichung der Klage beim Gerichtssekretar einen Betrag von RM 250.— zu hinterlegen, der in keinem Falle rückerstattet wird** Macht der Kläger glaubhaft, daß er Mittel zur Entrichtung der Gebühr nicht besitzt, so kann das Gericht die Gebühr ganz oder teilweise erlassen. Zeugengebühren, Zustellungsgebühren, Rechtshilfengebuhren und Wegegeder sind nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften zu berechnen und können zusammen mit *dem als Einreichungsgebuhr entrichteten Betrag und sonstigen entsprechenden Posten von der obsiegenden Partei als Kosten beigetrieben werden. Der Gerichtssekretar und der Gerichtsvollzugsbeamte verfügen über die bei ihnen eingehenden amtlichen Gelder gemäß Par. 5—309 und ff. der Richtlinien der Militärregierung (Military Government Regulations).
- (e) Nach Eingang einer Klageschrift fertigt der Gerichtssekretar eine Vorladung aus und übergibt sie zwecks Zustellung dem Gerichtsvollzugsbeamten, dessen Stellvertreter oder einer vom Gerichtshof hierfür besonders bestellten Person. Die Vorladung ist vom Gerichtssekretar im Aufträge des -Gerichts zu unterzeichnen. Die Vorladung zusammen mit einer Abschrift der Klageschrift sind dem Beklagten persönlich zuzustellen. Ist der Beklagte keine natürliche Person, so kann die Zustellung in der von den deutschen Gesetzen vorgeschriebenen Art und Weise, jedoch nicht durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Die Zustellung muß innerhalb der amerikanischen Besetzungszone, des amerikanischen Sektors von Berlin oder der Bremer Enklave erfolgen. Annahme, Anerkennung oder Verzicht auf Zustellung kann dem Gerichtssekretar schriftlich zu Protokoll erklärt werden.